

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag des Postgesetzes für 1919 eingetragen.

Jahreslohn bei achtstündiger Non-stop-Arbeit oder deren Lohn 80 Pf., kleine Ausgaben bei selbstdruckter Wert 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Lesungsvertrag 50 Pf., bei Familien- und Veranlagungsangelegenheiten (Mitt der Festschlag fort. Inserate für den demselben folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.)

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Norden 2895 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Verleger: Kurt Norden 2895.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die machtlose Regierung.

Der Generalfstreik der Angestellten.

Nachdem gestern die Versammlung der Obleute einmütig den Beschluß auf Eintritt in den Generalfstreik gefaßt hat, und nachdem auch die Verhandlungen in Weimar zwischen der Regierung und Vertretern der Bankbeamten kein befriedigendes Ergebnis gezeitigt haben, ist der Generalfstreik aller Angestellten für Berlin in unmittelbarer Nähe gerückt. Die Entscheidung dürfte im Laufe des heutigen Tages erfolgen, nachdem die Generalfstreikleitung nochmals endgültige Beschlüsse gefaßt und die Abstimmung in den einzelnen Betrieben über den Eintritt in den Streik erfolgt ist.

Wenn der Generalfstreik der Angestellten nicht mehr zu vermeiden ist, und ausbricht, so zeigt das, daß die politische Unwälzung keine ebensolche soziale Unwälzung mit sich gebracht hat. Die Gleichberechtigung im politischen Leben ist erkämpft worden, aber um die Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben entbehrt jetzt dieser gewaltige Wirtschaftskampf, dessen Ausdehnungen und dessen Folgen die größten Möglichkeiten eröffnen. Die Einmütigkeit in den Kreisen der Angestellten aller Berufe über die Notwendigkeit des Generalfstreiks ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die unteren Schichten das Vertrauen zur Macht der Regierung gegenüber dem Unternehmertum geschwunden ist. Sie wissen, daß sie ihre Forderung und das Mitbestimmungsrecht nur verwirklichen können durch Ausübung ihrer wirtschaftlichen Macht.

Die Regierung hat zwar die Zusage gegeben, ein Gesetz über das Mitbestimmungsrecht baldigst einzubringen. Aber die Verhandlungen der Angestellten mit den Ministern Bauer, Schmidt und Koske haben ihnen deutlich gezeigt, daß sie nicht darauf rechnen können, daß ihre Ansprüche auf volles Mitbestimmungsrecht erfüllt werden. Eine Regierung, die im Scheitelpunkt der Kapitalisten sich befindet, muß in einer so elementaren Frage, wie der des Mitbestimmungsrechts versagen, da sie weder die Kraft, noch den ernstlichen Willen hat, die Forderungen der Angestellten zu erfüllen.

Ergebnislose Verhandlungen der Bankbeamten.

Die Delegierten der Bankbeamten, die sich nach Weimar begeben hatten, um mit der Regierung in der Frage des Mitbestimmungsrechts Fühlung zu nehmen, sind heute zurückgekehrt. Die Kommission der Bankbeamten in Weimar wurde vom Reichsminister Erzberger empfangen, der den Bankbeamten erklärte, daß die vor einigen Tagen veröffentlichte Erklärung über das Mitbestimmungsrecht über das hinausginge, was die Regierung zu gewähren in der Lage sei. Man könne wohl ein Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen, nicht aber bei Einstellungen einräumen. Ein Gesetz, so wie es die Bankbeamten forderten, sei geeignet, das Kabinett zu stützen, da die bürgerlichen Mitglieder in dieser Frage nicht mitgehen könnten.

Der Reichspräsident Ebert, der die Kommission empfing, erklärte, daß er den Forderungen sympathisch gegenüberstehe, jedoch nicht die Macht habe, das Gesetz so wie es die Angestellten wünschten, durchzusetzen. Die Kommission wurde von dem Reichsarbeitsminister Bauer zweimal empfangen. Bauer erklärte, daß die Forderung eines Mitbestimmungsrechts an und für sich durchaus berechtigt sei und daß namentlich die Bildung von paritätischen Schiedskommissionen von ihm durchaus unterstützt werde. Er war auch der Ansicht, daß diese paritätischen Ausschüsse ebenso wie die Betriebsräte, deren gesetzliche Verankerung er anstrebt, sich mit allen Fragen des Dienstvertrages beschäftigen und bei Unstimmigkeiten einschreiten sollen. Das bezieht sich auf die Fragen der Kündigung, Beförderung, Veretzung von Angestellten usw. Dagegen stehe nach seiner Auffassung dem Angestellten ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen aus dem Grunde nicht zu, weil die Einstellung dem Dienstvertrag geschli voraussetze, also noch gar nicht unter die Paragraphen des Dienstvertrages falle. Die Einführung eines Gesetzes sei nicht möglich, da unter dem Belagerungsstand wohl Beschränkungen, nicht aber Notgesetze herausgebracht werden könnten. Dieser Auffassung konnten sich die Bankbeamten nicht anschließen, da ihrer Ansicht nach das unter dem Belagerungsstand fallende Streikrecht kein Verbot, sondern ebenfalls ein Gesetz sei. Bei dieser Gelegenheit wurden von den Bankbeamten auch Beschwerden darüber vorgebracht, daß

die Konfessionen Militär gegen die Streikenden und die Streikpöken herangezogen hätten. Obwohl ihr Streik rein wirtschaftlicher Natur sei und man mit Politik bei diesem Ausmaß nicht das Geringste zu tun haben wolle, dürfe doch nicht verkannt werden, daß durch Eingreifen von Truppen die Stimmung unter den Streikenden ungünstig beeinflusst werde. Minister Bauer erklärte, daß das Eingreifen der Truppen lediglich habe verhindern sollen, daß zweifelhafte Elemente, die nicht zu den Streikenden gehörten, die Gelegenheit auszunutzen, um im Trüben zu fischen. In einer zweiten Unterredung mit dem Reichsarbeitsminister legte dieser dar, daß die Verankerung der Betriebsräte an sich ja schon genüge, um alle Streitfragen mit Hilfe des Schlichtungsausschusses aus dem Wege zu räumen. In der Praxis würde es ja schließlich so sein, daß die Betriebsräte alle Angelegenheiten, auch bei Einstellungen, die nach Ansicht der Bankbeamten auf die Allgemeinheit schädigend wirken könnten, dem paritätischen Schlichtungsausschuss zur Erledigung übergeben würden. Die Delegation machte daraufhin den Einwand geltend, daß dies nur für große Betriebe zutrefte, wo es genügend rüchrenstärkte Elemente gebe, die in der Lage wären, nötigenfalls ihr Recht durchzusetzen. In kleinen Betrieben aber, wo der einzelne durchaus abhängig sei, müsse durch ein Gesetz gewisse Richtlinien geschaffen werden, die von beiden Parteien zu respektieren seien. Der Reichsarbeitsminister, der inzwischen auch mit den Vertretern der Bankbeamten konferiert hatte, sah diese Notwendigkeit ein und erreichte auf dem Verhandlungsweg, daß durch einen von ihm zu ernennenden Kommissar in Berlin die Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht erneut aufgenommen würden. Er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß die Bankbeamten, sich diesem Antragspruch, der nach seiner Ansicht beide Teile befriedigen würde, auch fügen würden. Die Bankbeamten konnten keine bindende Zusage geben, da sie lediglich die Vertreter der Obleute der Streikenden seien, und der Obleuteversammlung die endgültige Entscheidung anheimgestellt werden müsse.

Die Beratungen vor dem Reichskommissar werden wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages in Berlin beendigt.

Der Inhalt des Friedensvertrages.

Paris, 15. April. (Dava).

Aus den in den Zeitungen über den Stand der Verhandlungen veröffentlichten Anskizzen geht hervor, daß der Friedensvertrag in zwei Teile getrennt ist:

1. Die Friedenspräliminarien mit Deutschland, die einen Artikel enthalten, durch den sich Deutschland verpflichtet wird, im voraus allen Abkommen, die mit seinen früheren Verbündeten abgeschlossen werden, zuzustimmen.

2. Die Klausel, die Deutschland nicht direkt betrifft und für deren Unterzeichnung später die österreichischen, ungarischen, bulgarischen und türkischen Delegierten herbeizurufen werden.

Bezüglich der Besetzung des linken Rheinufer, die früher allein durch die Franzosen vorgegeben war, scheint die Meinung zu bestehen, daß die Vereinigten Staaten und England die Mitwirkung für ein bis zwei Jahre nicht verweigern werden.

Der Bürgerkrieg in München.

Die Hoffnung, daß die Lösung in der bayerischen Krise ohne Blutvergießen erfolgen würde, ist verachtlid gewesen. Nach dem aetrischen Kämpfen scheint München zunächst im unbeschränkten Besitz der Kommunisten zu sein. Der Generalfstreik ist verhängt. Die Arbeiter sind bewaffnet und die Münchener Garnison hat sich zum größten Teil der Bewegung angeschlossen. Der frühere Zentralrat ist aufgelöst und die Gewalt auf einen neuen Aktionsausschuss übergegangen, an dessen Spitze der Kommunistenführer Dr. Lewien steht und dem auch die Kuffen Ledwink und Kretsch (ein Neffe des bekannten Führers der Reichswehr) angehören. Auch zwei Mitglieder der Reichssozialisten und der Unabhängigen sollen in den Ausschuss eingetreten sein.

Unterdessen trifft die Regierung Hoffmann die militärischen Vorbereitungen für die Einnahme Münchens. Das Freikorps Epp und andere regierungstreue bayerische Truppen sind im Anmarsch auf München.

Das Reichsschatzamt.

Von Prof. Dr. C. Ballod.

Herr Schiffer geht. Endlich... Selber viel an Wä, als daß noch viel an den deutschen Finanzen zu bessern wäre. Eine wirkliche Besteuerung der Kriegsgewinne ist verpöht. Robezu um 50 Prozent ist unter seiner Herrschaft die deutsche Valuta gesunken, sie wertet heute nicht viel über 32-33 Prozent vom Pari... Durch die Schuld der deutschen Arbeiter natürlich — so hat Herr Schiffer noch dieser Tage durch seine Prestekulte verkünden lassen. Diese hätten durch ihre wilden Streiks die deutsche Valuta noch in den letzten Wochen um 16 Milliarden geschnitten. Eine Irreführung sondergleichen. Auszuführen hätte es doch bei anstrengtester Arbeit höchstens für ein paar hundert Millionen geacben. An der ungeheuer wichtigen Aufgabe dagegen, daß Herr Schiffer durch die Behinderung der Registration der in Deutschland befindlichen mobilen Werte einen Freibrief für deren Auslandsflucht ertwickelt hat, geht man achlos vorbei. Tatsächlich ist doch die Erklärung des ungeheuren Sturzes der deutschen Valuta außerordentlich einfach: es sind die aetualigen, von Herrn Schiffer offiziell natürlich nicht erlaubten Ueberführungen deutscher Werte ins Ausland, die jetzt auf den deutschen Markt drücken und dadurch eine jede Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen und damit auch eine jede Neubelebung der deutschen Industrie in der nahen Zukunft geradezu unmöglich machen... Deutschland ist mit durch Herrn Schiffer aus einem Gläubiger- in Schuldnerland geworden.

Wer soll jetzt das Erbe Schiffers antreten? Wenn es nach den bisherigen Beschlüssen der Reichsregierung geht, so werden natürlich auf einen Edelmann anderthalb gefest, ein Stümper durch einen älteren oder, besser gesagt, durch einen noch ausgereifteren Interessenten der Plutokratie ersetzt. In der Tat werden wir auch bereits mit Herrn Dernburg bedroht. Hat doch die Reichsregierung es auch fertig gebracht, Deutschland auf der Friedenskommission durch fast lauter Industrie- und Bankinteressen vertreten zu lassen, höchstens, daß ein paar Gelehrte liberaler Wirtschaftsauffassung als Dekoration figurieren — sozialistische Wissenschaftler kennt die Regierung mehr als der Teufel das Kreuz.

Wie ist die revolutionäre Reichsregierung eigentlich dazu gekommen, diesem blutigen Dilettanten das Reichsschatzamt, das wichtigste aller Ressort, anzuvertrauen? Die Lösung dieses Rätsels kann man nur in der völligen sachlichen Ignoranz der Direktoren Herrn Schiffers finden. Daß aber Herr Schiffer, der sich zwar mit der Rechtsanwaltschaft, aber nie mit Finanzen befaßt hatte, nichtsdestoweniger den Mut besaß, das wichtige Ressort für sich zu beanspruchen, stemmt ihn zu der übelsten Sorte von Deutopolitikern. Allerdings, er hat ja eine gewisse Entschuldigung in den Vorgängern unter Wilhelm II., als die Ministerposten stets nur noch auswendiglicher Laune vergeben wurden. Einmal ist ja dabei Wilhelm II. sogar auf einen tüchtigen Minister gestoßen (Niquel), dessen Steuerreformen, die Einführung der Selbstbesteuern, von allen deutschen Bundesstaaten nachgemacht wurden. Das Reichsschatzamt ist allerdings stets mit Stümpern oder Dilettanten besetzt worden. Hatte einmal das Militär oder die Marine beionders hohe Mehrforderungen, dann wurde, wie man sich erachtete, die Beratung über die einzuführenden Steuern zwischen Wilhelm II. und seinem ausgewählten Finanzchef notwendig in einer Viertelstunde zwischen Seft und Käse abgemacht. Die eigentliche Ausarbeitung der Vorlagen wurde dann den Geheimräten anvertraut. War wegen der Höhe der Forderungen eine wissenschaftlich-wirtschaftliche Darlegung über die Finanzen des Auslandes nötig, so reichte dazu die Sachkunde der Geheimräte des Reichsschatzamt nicht aus, man mußte von anderswo das Gute nehmen, d. h. sich von anderen Ministern die Sachkundigen ausboraen. Auf diese Art, als zur Mitanfertigung des Denkschriftenbandes über die Finanzen des Auslandes „Einberufener“ hat auch Schreiber dieses seinerzeit, 1908/09, den Betrieb im Reichsschatzamt kennen gelernt. Auffallend war vor allem die Armelikeit der Bibliothek. Alle wichtigeren Literaturbehalte mußten von anderen Bibliotheken ausbeborgt, zum Teil erst anaekauft werden. Die Geheimräte im Reichsschatzamt hatten offenbar gar kein Interesse daran,

hat mit so überflüssigen Daten, wie Studien, zu befallen, das eigene Fach gründlicher kennen zu lernen. Dies ist seitdem nicht besser geworden und auch Graf Adern hat, als er während des Krieges 1917 als Nachfolger Schiffer's zur Leitung des Reichsfinanzamts berufen wurde, sich einen „Duttscher“, den Prof. Alfred Weber, als sachlichen Berater kommen lassen, welcher letzterer freilich als aufrechter Sozialpolitiker die reaktionäre stümperhafte Finanzpolitik des Reichsfinanzamtes, die sich in der Vorlage eines Bündels indirekter Steuern kundgab, nicht mitgemacht hat, sondern als bald ausgeschieden ist. Bekannt ist, daß 1917/18 auch einige andere Duttscher, insbesondere Bankiers, ins Reichsfinanzamt einberufen wurden, erst vor Anfang März d. J. wurde sogar ein Mitglied des Preussischen Statistischen Amtes einberufen. Von einer Fertigstellung umfassender Finanzvorlagen ist aber nichts bekannt geworden. Nicht einmal die Vermögenssteuervorläge ist fertig geworden, obwohl doch da alle Vorarbeiten und wesentlichen Gedankenarbeit in der Literatur in umfassender Weise behandelt sind; allein in den zwei vom „Verein für Sozialpolitik“ herausgegebenen Bänden, in Rastrows „Gut und Mut dem Vaterlande“ ist ein gewaltiges gedankliches Material vorhanden. Sehr zu bedauern bleibt, daß der „Verein für Sozialpolitik“ betr. der Gesamtfinanzlage, insbesondere der Krise der Monopole und indirekten Steuern noch nichts herausgebracht hat. Den bürgerlichen Nationalökonomien graut offenbar vor einer Behandlung dieser Fragen, denn dabei würde sich herausstellen, daß mit dem gelobten individualistischen Wirtschaftssystem ein Aufbringen des heutigen Finanzbedarfes nicht zu vereinigen ist. Man habe bereits für den Herbst 1917, als die finanzielle Gesamtbelastung einschließlich Demobilisierungsausgaben auf höchstens 120 Milliarden veranschlagt war, darzutun versucht, daß aus den direkten Steuern höchstens die Hälfte des Gesamtbedarfes kommen könne, die andere Hälfte aus Monopolen herbeizubringen werden müßte (in meiner Broschüre „Die Finanzen nach dem Kriege“). Heute sind allein die alten Kriegsausgaben bis Ende 1918 vom Reichsfinanzamt zu 146 Milliarden berechnet worden, dazu kommen aber noch etwa 18 Milliarden Auslagen der Gemeinden, anßerdem sind im Laufe von drei Monaten neue Kriegsausgaben in der Höhe von 8 Milliarden entstanden. Macht 146 + 18 + 8 = 172 Milliarden. Dazu kommt noch die Arbeitslosenunterstützung, die ebenfalls in die Milliarden geht. Und wenn wir die Entschädigung an die Entente auch nur gemäß der Wilsonschen 14 Punkte berechnen, so werden es weitere 85 bis 90 Milliarden. Also unter 207 bis 222, vielleicht 250 Milliarden Gesamtbelastung kommen wir nicht herbei. Dazu kommt die Unterstützung an die Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen, die allerdings nicht 4,1 Milliarden jährlich betragen kann, wie das Herr Schiffer infolge einer offensiblen Verwechslung oder eines Ausnahmefalles verlässlicher Ausgaben, behauptet hat — ich würde sie auf höchstens 1 1/2 bis 2 Milliarden jährlich. ... Herr Schiffer selbst hat sein Defizit für dieses Jahr zu 7 Milliarden angegeben, ohne die noch fälligen Entschädigungsausgaben und die Milliarden für die Unterhaltung der Armeen von Freiwilligen. Um sich bei bürgerlichen Politikern einen guten Abgang zu sichern, hat Herr Schiffer erklärt, er gehe wegen der Sozialisierungspläne der Regierung Sozialisierungspläne? Die wissen bis heute nur von Sozialisierungsplänen. Aber die Frage der Monopole ist es, der Herr Schiffer aus dem Wege gehen will, denn diese sind allerdings heute als rein kapitalische Monopole nicht denkbar. Wer es heute ernst nimmt mit den deutschen Finanzen, der weiß, daß man mit den alten Stümpermethoden, dem Emporkrauchen von indirekten Steuern, nicht auskommt, der weiß, daß vollständig neue Wege einzuschlagen sind, daß man ohne sehr weitgehende sozialistische Maßnahmen einfach gar nicht durchkommt. Nicht wissen es bloß die Finanzanten und Charlatane, die noch heute in der Nationalversammlung in Weimar den Ton anschlagen.

Also wer ist der Tabfete, der die deutschen Finanzen aus dem Kampf bringen soll? Sätten die demokratischen Parteien, an die sich die hilflose Regierung Ebert-Scheidemann wenden wird. Einsicht und Verstand, so würden sie zur Nachfolge Schiffer's nicht Bankiers vorschlagen, Böde zu wärmen machen wollen, sondern ihren besten Ratmann, das ist zur Zeit unfruchtbar Alfred Weber, heranziehen. ...

Daran denkt man natürlich nicht. Den Karotten ist der ärahe Finanzschlamassel schon recht; ja, je mehr der Kurs fürst, desto mehr Reiz im Werte Grundbesitz, eine desto stärkere Schuldenschnittelung durch Entwertung der Hypotheken tritt ein. Das all natürlich auch für die Hausagrarier, die gerade unter der „republikanischen“ Regierung das immer stärkere Emporkrauchen der Mieten durchgesetzt haben. Die Leidtragenden sind die Besitzer von mobilen Werten, insbesondere das Volk, dessen Spartasparenislaagen Raftnatur werden, und die Arbeiterschaft im allgemeinen, der alle mühsam erkämpften Lohnaufbesserungen durch den Hochgang der Lebensmittelpreise genommen werden, gar nicht zu reden von den Beamten und Angestellten, den „Aust-befohlenen“, die schon heute trotz der Teuerungsauslagen geradezu am Sunatstuche nozen.

Der Generalfstreik der Bergarbeiter.

Vom Zentralrat (Reuenerkommission) wird uns über die Ursachen des Generalfstreiks der Bergarbeiter und die Verhaftung einzelner Mitglieder der Reuenerkommission berichtet:

Die Verhaftung des Reichskommissars Seberina will mit, daß die Meldung, wonach der Reichskommissar Mitglieder der Reuenerkommission zu Verhandlungen geladen habe, unrichtig ist. Er hat die Reuenerkommission nicht zu Verhandlungen bestellt und kam auch mit ihr, die den Sturz mit allen Mitteln betreibt und Volk und Bergarbeiter durch das Erlauflassen der Betriebe in namenloses Unglück stürzen will, niemals verhandeln. Er ist gern bereit, jede Vertretung der Arbeiterschaft zu empfangen, die mit ihm über wirtschaftliche und soziale Wünsche und Forderungen reden will, aber mit Beuten zu verhandeln, die in erster Linie ökonomisch-politische Zwecke im Sinne der Spartakisten anstreben und die Arbeiterschaft dafür mißbrauchen wollen, muß er als Zwecklos ablehnen.

Diese Mitteilung ist von Anfang bis Ende eine dicke Lüge. Die Reuenerkommission hat den Streik nicht organisiert. Die Aufgabe der Reuenerkommission war und ist die Vorbereitung für die Sozialisierung des Bergbaues. Bei den Streikmaßnahmen war sie der Rettungsanker der Regierung und wurde auf Vorschlag der Mehrheitssozialisten ins Leben gerufen, unter Mitarbeit sämtlicher arbeiterlicher Organisationen, und wurde aus diesem Grunde auch als öffentliche Mittel finanziert. Erst als die Mehrheit der Kommission sich nicht zu Judasdiensten hergeben wollte, kam sie in Konflikt mit der Regierung und den alten Arbeiterorganisationen. Die Mehrheitssozialisten traten aus, die alten Verbände führten einen verleumderischen Kampf gegen die Kommission, und schließlich wurden ihr die öffentlichen Mittel entzogen. Der Gegenstoß, der sich zwischen den Verbänden und den Bergarbeitern daraus entwickelte, weil letztere in der Sozialisierung des Bergbaues die einzige Rettung sahen, führte dazu, daß sich die Bergarbeiterkraft immer mehr um die Reuenerkommission klarte und in ihr die einzige Interessenvertretung sah. Der offene und verfestete Kampf der Regierung gegen das Rätekommune machte die Reuenerkommission immer populärer.

Der letzte Generalfstreik ist nicht das Werk der Reuenerkommission, sondern das Werk der Regierung, welche mit ihren Gewaltmaßnahmen im Ruhrgebiet die Bergarbeiter in den Kampf hineintrief. Das Blutbad in Witten gab den unmittelbaren Anstoß zu diesem Generalfstreik, und mit ihm entlud sich wie Gewitter all der Groll, welcher sich bei den Bergarbeitern durch jahrelange Unterdrückung angesammelt hatte. Nachdem nun auch die Führer der alten Organisationen auf die Seite ihrer Feinde traten und sich als Verräter zeigten, war die Einigkeit unter den Grubenknechten mit einem Schlage da, eine Einigkeit, wie sie noch nie in der Geschichte der Bergarbeiterbewegung zu verzeichnen war. Der Gedanke nach einer einzigen Bergarbeiterorganisation fand freudigen Widerhall. Es kam deshalb der Beschluß zustande, auf Grund des Abrieftens, nach Schachtororganisationen realisiert, die neue Organisation, die „Alle meine Bergarbeiter-Union“, ins Leben zu rufen. Wenn jetzt

auch durch die militärischen Gewaltmittel das Ozean-Allgemeinen Bergarbeiter-Union“ unterdrückt und zerstört ist, die Einheitsorganisation der Bergarbeiter ist nicht aufzuhalten. Diese Arbeiterorganisation wird den nächsten Kampf um die Sozialisierung der Bergwerke und schließlich die Verwirklichung der Sozialistischen Revolution in den Besitz der produktiven Klasse abgeben. Sie wird das Sozialistische Werk finanzieren, nachdem die unsozialistische Regierung es abgelehnt hat. Mit dieser Organisation Herr Seberina nicht verhandeln. Er glaubt schon, daß er zu sein. Die Verhaftung der Reuenerkommission von dem freikörperlich im Auftrag der Regierung vollzogen wurde, soll — nach der ersten öffentlichen Äußerung — erfolgt sein, nachdem die Reuenerkommission zu Verhandlungen, wozu sie vom Minister Bauer eingeladen war, nicht erschienen war. Nicht teilt Herr Seberina überhebendem Tone mit, daß er mit solchen Verleumdungen, ökonomisch-politische Zwecke im Sinne der Spartakisten anstreben, nicht verhandeln wolle und werde. Für die Wahrheit und um diesen Lügner und Betrüger zu beseitigen, müssen wir mitteilen, daß die Herren Reuenerkommissionäre zuerst telefonisch dann mündlich durch den Beizeordneten Rat an die Reuenerkommission heranzutreten, um nach dem „Kaiserhof“ zu Verhandlungen zu kommen. Der Beizeordnete Rat war unzufrieden über die Kommission verhaften wollten und bloß zwei Mitglieder wählten, auf dem Bureau der Reuenerkommission und dieselbe einladen, zum „Kaiserhof“ zu Verhandlungen kommen. Entweder wollte man mit der Reuenerkommission verhandeln, oder aber es war eine Falle, wo man mühselos fangen wollte. Sei dem wie es sei, mit derartigen unehrlichen, hinterlistigen Gesindeln werden die Mitglieder der Reuenerkommission nicht verhandeln. Für die revolutionäre Bergarbeiterkraft gilt heute die Devise: Durch Kampf zum Sieg! Glück auf!

Massenverhaftungen.

Offen, 16. April. Siebenhundert heute mittag bei Reichwig zu einer Versammlung über den Streik zusammengetreten. Auf der Versammlung wurden von Regierungstruppen umstellt und festgenommen.

Über die Verhaftungen schreibt uns der Zentralrat ferner:

Bei dem Einbruch in die Geschäftsräume des Zentralrates (Reuenerkommission), wo man vor allen Dingen nach Adressenmaterial suchte, mußte man ununterbrochen Schreie wieder abgeben. Jetzt ist durch einen Verstoß der Regierungsmenge das ganze Material in die Hände gefallen. Aus diesem Grunde ist es der Regierung ein Leichtes, überall die Vertrauensleute der Bergarbeiter zu verhaften. Wenn auch die ganze Bewegung nicht gelähmt werden kann, sondern an ihre Stelle treten werden, so ist doch der ganze Organisations- und Nachschubapparat abgebaut. Genaue Berichte können deshalb von dem Zentralrat nicht gegeben werden. Es sind aber auch die wichtigsten Nachrichten der bürgerlichen Presse mit Verhaftungen. Der ganze Apparat wird aber wieder geschaffen werden. Die nächsten Tage werden Klarheit über die ganze Sache bringen.

Immer noch Massenausstände!

Die Versuche, den Streik ohne die Reuenerkommission zu beenden, haben keinen Erfolg gehabt. Die Streikenden ist nur sehr wenig zurückgegangen, die amtlichen Berichte zugeben müssen. Noch immer die Masse der Bergarbeiter im Ausstand.

Offen, 16. April. Die Streikflotte geht immer weiter zurück. Die Ausständigen erreichte ihren Höhepunkt am 10. April mit 127 000. Seitdem hat die Zahl täglich abgenommen und beträgt heutigen Frühlichts 127 000 gegen 138 256 gestern. Gestern Frühlicht ist mittig allein in der Frühlicht eine Abnahme von 40 000 zu verzeichnen. In der gestrigen Frühlicht

Kant und der Weltfrieden.

Vor rund 120 Jahren hat Immanuel Kant, der berühmte Königsberger Philosoph, seine Abhandlung „Zum ewigen Frieden“ geschrieben und darin viele Fragen vorweggenommen, die heute die Gemüter bewegen. Kant versteht unter dem ewigen Frieden den wirklichen Frieden, nicht denjenigen, der eigentlich nur einen Waffenstillstand zwischen zwei Völkern bedeutet. Lauter noch der Schlusssatz: „Wenn es Pflicht, wenn zugleich begründete Hoffnung da ist, den Zustand eines öffentlichen Rechts, obgleich aus in einer ins Unendliche fortwährende Annäherung wirklich zu machen, so ist der ewige Friede, der auf die bisher falsche so genannten Friedensschlüsse (eigentlich Waffenstillstände) folgt, keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die noch und nach aufwärts, ihrem Ziele (weil die Völker, in denen gleiche Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden) beständig näher kommt.“

Der erste Abschnitt des philosophischen Entwurfs zum ewigen Frieden, der die Präliminaraufsätze enthält, stellt folgende sechs Punkte auf: 1. Es soll kein Friedensschluss für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden ist. 2. Es soll kein Friede zwischen einem Staat (klein oder groß, das gilt hier gleich viel) von einem anderen Staate durch Erbung, Tausch, Kauf oder Schenkung erworben werden können. 3. Stehende Heere (milites perpetui) sollen mit der Zeit ganz aufhören. 4. Es sollen keine Staatskriegen in Beziehung auf höhere Staatsverträge gemacht werden. 5. Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staates gewaltsam einschalten. 6. Es soll kein Krieg mit einem anderen solchen Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Vertrauen im künftigen Frieden unauflöslich machen müssen, als da sind: Anstellung der Menschenmörder (perussarios), Giftmischer (venenales), Verlegung der Kapitulation, Anführung des Verrats (perduellio) in den bekriegten Staaten.“

Im Verlauf seiner klassischen Abhandlung brandmarkt Kant auch die bis auf den heutigen Tag ungelösten josphischen Grundfrage der „Staatsmänner“, die sich ungefähr so zusammenfassen lassen: Eriens: Fac ot excusa. Wege die günstige Gelegenheit zur eigenmächtigen Verletzung (entweder eines Rechts des Staates über sein Volk oder über ein benachbartes); die Rechtfertigung wird sich wohl leichter und zierlicher nach

der Tat vortragen und die Gewalt beschönigen lassen, denn der Erfolg gilt als der beste Rechtsverteiler (so auch Rodde's Rechtsfertigung in der Nationalversammlung!). Zweitens: Si fecist negar. Was du selbst verbrochen hast, z. B. um dein Volk zur Vergeßung und so zum Aufbruch zu bringen, das leugne ab, daß es deine Schuld sei; sondern behaupte, daß es die der Unbesonnenheit der Untertanen sei, oder auch bei Vermeidung eines benachbarten Volkes, die Schuld der Natur des Menschen sei, denn er dem andern nicht mit Gewalt zuvorkommt, sicher darauf rechnen kann, daß dieser ihm zuvorkommen und sich seiner bemächtigen werde. Drittens: Divide et impera. Das ist: sind gewisse privilegierte Häuser in deinem Volk, welche dich doch zu ihrem Oberhaupt (primus inter pares) gewählt haben, so verneinliche jene untereinander, und ermittle sie mit dem Volk, siehe nun dem letzteren, unter Vorpiegelung größerer Freiheit, bei, so wird alles von deinem unbedingten Willen abhängen. Oder sind es äußere Staaten, so ist Erzeugung der Mißbilligung unter ihnen ein ziemlich sicheres Mittel, unter dem Schein des Beistandes des Schwächeren, einem nach dem anderen die zu unterwerfen.

Mit dieser Kennzeichnung der Rechtsphilosophie und Gewaltbereitscher trifft Kant auch noch dem heutigen System ins Schwarze. Seinen Anfang über die Mißbilligung zwischen der Moral und der Politik in Abicht auf den ewigen Frieden schließt er mit folgendem Satz:

Wenn es Pflicht, wenn zugleich begründete Hoffnung da ist, den Zustand eines öffentlichen Rechts, obgleich nur in einer ins Unendliche fortwährende Annäherung wirklich zu machen, so ist der ewige Friede, der auf die bisher falsche so genannten Friedensschlüsse (eigentlich Waffenstillstände) folgt, keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die noch und nach aufwärts, ihrem Ziele (weil die Völker, in denen gleiche Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden) beständig näher kommt.“

Ein neuer Unterschied zwischen Mann und Weib

Ist noch einer Mitteilung von Professor Katharino in der „Anschau“ von dem bekannten Pariser Anthropologen Percell Bandouin nachgewiesen worden. Es handelt sich um eine Eigenschaft des Knochengewebes, an der sich das Geschlecht mit hinreichender Sicherheit erkennen läßt, worin auch nach ein

Teil, nämlich ein Rückenswirbel, erhalten ist. Sowohl die Wissenschaft der menschlichen Urzeit wie für geschlechtliche Fragen kann diese Möglichkeit Bedeutung gewinnen. Nach eingehenden Untersuchungen wiegt jeder einzelne Wirbel des im erwachsenen Alter mehr als sechs Gramm, beim Knaben dagegen weniger als vier Gramm, und auch der Durchmesser eines weiblichen Wirbels ist stets kleiner. Dazu kommt, daß die Form des Wirbels bei beiden Geschlechtern verschieden ist, beim Mann mehr länglich, indem der Unterschied zwischen beiden Durchmesser über bis sieben Millimeter beträgt, beim Weibe dagegen nur ein bis drei Millimeter. Der Durchmesser des Wirbels an sich gering erscheinende Unterschied für eine Geschlechtsbestimmung vollkommen ausreichend ist.

Oesterreichische Dichter

senden uns folgenden Auszug Ihres Genossenschaftsvertrages: Noch ist der Dichter, der Danker in der Hand des Reichs, noch entschlossen über Druck und Verdrängung erschrocken persönliche Vorangemessenheit der Verleger, der Dichter besonnenen Herausgeber. Junge Dichter seien, ehe sie sich fassen, verhungerten, blind geopfert, ehe man sie sehen kann, niemand gab ihnen das Lebensmittel; Gese für ihre guten Verse und Prosa der starken Anfänger verläumern im Wohl der garle Anfang oder der stils Wurf noch feig Gese. So beschloßen wir, uns und den Proletariern, die sich nicht helfen, zu helfen. Wir fordern euch auf, ein Gleiches zu tun.

Wir selbst wollen, was wir zu geben haben, preisgeben. Wir wollen jede neue gute Stimme, soweit unsere Kräfte reichen, schallen lassen. Wir: Genossen, Kameraden, Brüder, wollen zu allen Zeiten, bekennen, was wir sind, was wir fühlen und denken, wollen weder ausgebeutet werden, noch Ausbeuter sein. Der Vertrag aus den Büchern der Klaffler, der großen aller Zeiten, darf nicht Geschäftsleuten, Bücherhändlern, allem Neuen aufs Neue verlegenen Verlegern zugekauft werden den Ecken der vergangenen Dichter, den lebenden Dichtern: uns und unsrerer gleichen. Das Wort muß frei werden, Gemeinbesitz aller. Aufgehört der Menschheit. Der von uns Gefährten verwickelte Genossenschaftsvertrag stellt die Dichter endlich in die Reihe der Arbeiter.

mit Rücksicht auf die Zahl der Streifenbenutzer auf 208 141 belaufen gegen 300 154 in den drei Schichten am Samstag.

Wien, 15. April.

Die Förderung der Zinn- und Kupfererzwerke in der Provinz der Erzgebirge. Die Förderung, die bis zum Schluss der vorberühmten Woche auf 10 000 Tonnen gesunken war, betrug am 10. April nur noch 12 000 Tonnen. In normalen Verhältnissen belieferte sie sich auf rund 300 000 Tonnen täglich.

Die besten Lügen des „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ hat in seiner Freitagabendausgabe den Bericht angehängt, der uns über eine Rede des Kapitäns Kürz in der Berliner Universitätskammer war. Die in dem Bericht enthaltenen Angaben waren uns durch fünf Zeugen, die dem Vortrag persönlich beigewohnt hatten, bestätigt worden.

In welcher bewussten und unvorsichtigen Weise sich der „Vorwärts“ zum Verteidiger eines reaktionären Offiziers macht, geht aus seiner „Berichtigung“ hervor, die er über den Fall Kürz in Nr. 187 losläßt.

Geradezu erstaunlich ist das System des Mehrheitsbetrugs, was ihm nicht in den Aram geht, einfach als Lüge zu bezeichnen.

Dazu dazu ein Beweis nötig ist, fällt ihm nicht ein; er streift nur ab, muß abstellen, denn das Oberhotel verlangt es. Wir hatten unsere Behauptungen in vollem Umfang aufrecht.

Kapitän Kürz hat gesagt, die Deutsche Revolution sei von ein paar Sirotschen in Aiel gemacht worden.

Er hat die Gegner der Freikorps als „internationales Verbrechenspaar“ bezeichnet.

Er hat der Regierung in Betreff der Waffenstillstandsannahme Dämlichkeit vorgeworfen.

Er hat an die deutsch-nationale Gefinnung der Studentenschaft appelliert.

Er hat von den 90 Prozent Arbeitern im Freikorps Güssen gesprochen und dabei ausdrücklich erwähnt, härtere Beteiligung der Studentenschaft sei erwünscht, weil man sich „auf die andere Seite ganz fest verlassen könne“.

Was fragen: Woher nimmt der „Vorwärts“ die Kühnheit, uns absichtliche Entstellung und Verdrehung der Tatsachen vorzuwerfen?

Hat er auch nur die Spur eines Beweises für seine Vorwürfe? Wir bezweifeln, daß er einen Verächterhafter auf dem Kürz-Vortrag gehabt hat. Hat ihm das Manuskript des Kürz-Vortrages etwa vorgelesen, so behaupten wir: Kürz hat frei gesprochen und sich so gut, wie gar nicht an seine Schriftstücke gehalten.

Der „Vorwärts“ scheint wirklich sich in den Armen der Welter zu träumen, die er tief und nun nicht mehr los werden kann.

Die Stimmung in der Studentenschaft ist ihm wohl unbekannt!

Wir könnten ihm Proben davon geben, die ihn aufwühlten würden. Einstweilen heißt er aber gegen die wenigen, freitextlich gestimmten Studenten im Auftrage des Oberhotels. Diesmal ist es ihm danebengelungen.

Eine plumpe Fälschung.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Budapest, 16. April.

Die Moskauer russische Sowjetregierung hat Kenntnis erhalten, daß in mehreren deutschen Zeitungen ein angeblich von Hoffe, dem früheren russischen Botschafter in Berlin, geschriebener Artikel abgedruckt wurde. Darin wird von Hoffe angeblich die Eroberung Königsbergs durch Rußland verlangt. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß es sich hier um eine plumpe Fälschung handelt, die darauf berechnet ist, daß Rußland infolge der Seegrenze keine Kenntnis davon erhalten werde. Die Fälschung gehört zu der bekannten Lügenkampagne, die darauf zielt, der Sowjetregierung fälschlich

aus ihren Werken dient nicht mehr dem Zweck der Zwischenhändler, sondern dem Lebensunterhalt der Rüstschaffenden.

Wer seine Hände hat, stehe zu uns!

Für den Genossenschaftsverband Wien: Alfred Adler, Albert Ehrenstein, Fritz Sampa, Jakob Worens Levy, Hugo Sonnenschein, Franz Wexel.

Die Liga zur Beförderung der Humanität überfendet und einen Aufruf, der sich gegen die noch immer fortgesetzte Hebe wendet, weil das Blüthner-Orchester an einer Tolenzfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mitgewirkt hat. Es geht zu schanden, es geht für die Idee einzustehen — eine der reinsten, die die Menschheit gedacht hat. Unterzeichnet haben: Conrad Kijorge, Th. Dandier, Maximilian Harden, Adèle Kollwix, Alexander Kollwix, Max Reinhardt, Hermann Scherchen u. a. m.

Neue Bücher.

Im Verlag von Carl Cassirer (Berlin) erschien „Die Geschichte meines Zeitgenossen“ von Wladimir Koroletko, zwei Bände mit dem Bildnis des Verfassers und einer Einleitung von Rosa Luxemburg, die sie im Juli 1918 im Strafgefängnis Breslau schrieb. Zwischen den Nationalitäten — Koroletko ist seiner Abstammung nach Pole, Ukrainer und Russe zugleich — fügt er aus seinen Erlebnissen das Buch vom Leben seiner Zeit, einen Spinnweb des sozialen Mitgeföhls. Rosa Luxemburg ist ihm darum so verwandt und war seine berufene Mitterin in Deutschland. In ihrer Einleitung warf sie Koroletko den Blick im Kreis der großen russischen Dichter und bringt dabei dem deutschen Leser eine unvergleichlich klare, kurze Literatur- und Geistesgeschichte des letzten zehnjährigen Jahrhunderts.

Von Roman Kolland erscheint ein neuer historischer Roman heiteren Charakters in der Art von Mabelots unter dem Titel „Cosas de Reunon“. In der Einleitung schreibt der Dichter, daß er nach der zwanzigjährigen Arbeit an seinem „Roman Christus“ ein unbefriedigtes Bedürfnis nach gallischer Literatur bis zur Neupublikation fühlte. „Eine Rückkehr zum heimlichen Boden ließ mich den Boden der Bourgeoisie wieder fühlen, den ich seit meiner Jugend nicht mehr gesehen hatte, und dies warde in mir eine Vergangenheit, die ich für immer einschließen glaubte.“ Auch G'e'n'el Garbasse, der Dichter des für den Westismus wirkenden Kriegsbuches „Neuer“, hat unter dem Titel „Clarté“ (Aurora) einen neuen Roman erscheinen lassen, der demnach auch in deutscher Uebersetzung herausgegeben werden wird und mit großer menschlichen Aus-

Erörterungsgelüste unterzuschließen. Hoffe hat nie einen derartigen Artikel geschrieben. Der darin ausgedrückte Gedanke steht in offenem Widerspruch zur ganzen Politik der Sowjetregierung und des Kommunismus.

Lenins Annäherung an Amerika.

T. U. Amsterdam, 16. April.

Nach der New Yorker „Tribune“ hat der Senator Johnson vier wertvolle Konzessionen von Lenin erworben. Er arbeitet eifrig an der Ausöhnung zwischen Amerika und Lenin.

Die Mailfeier in Oesterreich.

Wien, 16. April.

Der Kabinettsrat hat den 1. Mai als allgemeinen Kmtz- und Schulfeiertag erklärt.

Der Mailänder Proteststreik.

T. U. Lugano, 16. April.

Der gestrige Mailänder Proteststreik ist vollständig gelungen. Er ist ruhig verlaufen.

Die Soldatenräte des Gardekorps.

Hielten gestern im früheren Herrenhause eine Vollversammlung ab. Sidel gab zunächst den Bericht des Korpsfeldatenrats. Auf die Beschwerde gegen den kommandierenden General von Bödman und den Chef des Stabes, Major von Boh, sei endlich der Bescheid des Kriegsministeriums eingegangen. Die dem kommandierenden General in der Beschwerde zur Last gelegten Neuerungen, die den Korpsfeldatenrat herabsetzten, werden in dem Antwortschreiben des Ministeriums abgegriffen und anders ausgelegt. Bedeulich in dem einen Punkte, daß der General den Soldatenrat nur anhören wolle, wenn es ihm beliebt, wurde die Beschwerde als berechtigt anerkannt. Der General habe aber, heißt es in dem Schreiben des Kriegsministeriums, nur zum Ausdruck bringen wollen, daß er nicht direkt, sondern nur durch Vermittlung des Chofs mit dem Soldatenrat in Verbindung treten wolle. Schließlich wird in dem Schreiben des Kriegsministeriums dem Korpsfeldatenrat die Mißbilligung darüber ausgesprochen, daß er die Angelegenheit in der Vollversammlung zur Erörterung gebracht habe. Das Kriegsministerium hat sich also partiell auf die Seite des kommandierenden Generals von Bödman gestellt und ihn gedeckt und geschützt, während dem Korpsfeldatenrat für die Ausübung seiner Pflichten noch Vorwürfe gemacht werden.

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit dem Reichs-Ingenieur Schmielkowitz, der darüber berichtet, daß die Einmütigkeit der Soldatenratsfraktion in allen Soldatenforderungen hervor und behauptet, daß die Reichssozialisten die berechtigten Anträge der Soldaten nur aus dem Grunde abgelehnt hätten, weil sie sich gegen Roste richteten.

In der Diskussion wurde die Bildung des Reichs-soldatenrats bestritten. Die ihm bewilligten ungenügenden Rechte seien auf das Schuldonto der Reichssozialisten zu setzen. Beschäftigt wurde über die Herabsetzung der Röhnung der Sagarellmannschaften und schnellste Aufhebung der Verfügung gefordert. Mit Zustimmung wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die Soldatenräte in Württemberg nach den sieben Hamburger Punkten arbeiten. Der Landesfeldatenrat habe in allen soldatischen Angelegenheiten das Mitbestimmungsrecht. Jede Einmütigkeit Kollas habe der Landesfeldatenrat sich energisch verbeten, und zwar mit Erfolg. Auch die Bildung von freiwilligen Korps ist verhindert worden. Zum Schluss der Versammlung gelangte ein Antrag einstimmig zur Annahme, der von der Regierung erwartet, daß sie entsprechend den Beschlüssen des Rätekongresses den Reichs-soldatenrat anerkennt.

Soziales.

Einstellung von Kriegsbeschädigten.

Das Reichspostministerium hat den Ober-Postdirektionen besonders zur Pflicht gemacht, in allen Dienststellen, die zur Besetzung mit Kriegsbeschädigten nach deren Vorbildung und Leistungsfähigkeit irgend geeignet sind, mit Vorrang vor allen anderen Personen Kriegsbeschädigte zu beschäftigen. Dabei sind in erster Linie Schwerbeschädigte zu berücksichtigen, deren Erwerbslosigkeit um 50 p. h. und mehr vermindert ist, sowie leichte Kriegsbeschädigte, die infolge der Kriegsbeschädigung ihren früheren Beruf nicht mehr ausüben können oder in der

bilien auf die freie Weltrepublik der Zukunft die Ergebnisse des aus dem Felde heimgeführten Krieges schälbert.

Charfreitagverbote wie früher. Im Lessingtheater und im Deutschen Künstler-Theater finden die für Karfreitag angelegten Vorstellungen nicht statt. Auch die Aufführung von Eise Rosta-Schillers „Wupper“ für das Junge Deutschland kann infolge des behördlichen Spielverbotes am Karfreitag, dem 19. April, nicht stattfinden. Das Werk gelangt nunmehr am Sonntag, dem 27. April, mittags 11 1/2 Uhr im Deutschen Theater zur Aufführung.

Opernhaus. Wegen erneuter und mehrfacher Erkrankungen muß die Revueinszenierung des „Don Juan“ bis nach dem Fest verschoben werden. — Das 9. Sinfonie-Konzert unter Leitung des Generalmusikdirektors Dr. Richard Strauß findet am Sonntag, dem 19. April, abends 7 1/2 Uhr, im Opernhaus statt. Öffentliche Generalprobe hierz: am 17. d. Mts. Gröndonnerstag-Abend, 7 1/2 Uhr. Programm: Brandenburgisches Konzert von Bach und neuntes Sinfonie mit Soff und Chor von Beethoven. Außerdem findet am 19. Sonntag mittags 12 Uhr, im Opernhaus ein Sonder-Sinfonie-Konzert unter Leitung des Herrn Dr. Richard Strauß statt: Ouvertüre Coriolan. D-Dur-Konzert und E-Moll-Sinfonie (Beethoven).

Im Theater in der Friedrichstadt ist man nach dem mißglückten Ausflug ins Literarische schnell wieder zu seiner alten Stube zurückgekehrt. Ein Pfingstabend mit dem Zeit auf der Bühne. Das Publikum zeigte sich bei den Eindeutigkeiten animiert wie in einem zugeflossenen Nachkoffel, so daß Art und Name der Verfasser und Schauspieler, die wohl auch anders könnten, besser ungenannt bleiben.

Neuer expressionistische Malerlei spricht Hertwath Walden am Mittwoch, dem 16. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Kunstausstellung Dor Sturm, Potsdamer Straße 184a. Der Vortrag wird durch Originalgemälde der bedeutendsten Expressionisten erläutert.

Ein Textilinstitut soll in Berlin begründet werden, wie die „Nachbau“ meldet. Es sollen die bessere Ausnutzung der Rohstoffe, die Verwendung von Ersatzstoffen und die Erzeugung inländischer Rohstoffe subvert werden. Die chemisch-technische Erforschung der Textilstoffe soll dazu auf eine breitere wissenschaftlichen Fortschrittsstellen eingeleitet werden, von ihm aus zu finanzieren. Das Reich soll jährlich 6 Millionen Mark bereitstellen. Professor Herzog aus Prag, eine anerkannte Autorität schaffliche Grundlage gestellt werden. Einem Gesamtinstitut sind auf dem Gebiete der Textilchemie, soll die Leitung übernehmen. Als Sitz des Textilinstituts ist das Grundstück Kaiserhofstraße 1

Wahl ihres Berufes beschränkt sind. Soweit Kriegsbeschädigte auch durch Inanspruchnahme der Fürsorgestellen nicht ernährt werden können, sind in die Stellen für Hilfskräfte Vertretungen und Ausschüsse mit Rücksicht auf die große Zahl der Erwerbslosen auch andere männliche des Erwerbs bedürftige Personen — in erster Linie vom Militärdienst entlassene — einzustellen.

Gewerkschaftliches.

Obleute der Elektrizitäts-Versorgungs-Gesellschaften.

Die Anträge der Kollegen aus den Stromversorgungs-Gesellschaften auf Teilnahme am Streik sind bisher von der Zentralstreikleitung abgelehnt worden. Da aber die wechselnde Lage neue Beschlüsse möglich machen kann, werden die Obleute der Elektrizitäts-Versorgungs-Gesellschaften sowie der Gas- und Wasserversorgungsanstalten — gleichgültig, ob im städtischen oder Privatbesitz — hiermit aufgefordert, sich Donnerstag, dem 17. d. M., vor mittags 10 Uhr bei der Zentral-Streikleitung, Neue Friedrichstr. 35, Haberlands Postkass., einzufinden. Zentral-Streikleitung der Vereinigten Angestelltenverbände.

Streikleitung der Waren- und Kaufhäuser.

Angestellte der Waren- und Kaufhäuser und der Spezialgeschäfte Groß-Berlins (Gruppe VII) Hauptstreikbureau Haberlands Postkass., Neue Friedrichstr. 35, Zimmer 2. Bezirksstreikbureau für Charlottenburg, Werdes, Passauerstraße 3. Sämtliche anderen Bezirksbureau sind dort zu erfahren. Die Streikleitung.

Betriebsversammlung für R. d. B. abends 8 Uhr, Haberlands Postkass., Neue Friedrichstraße, Roter Saal.

An die Arbeiterräte der Arbeitslosen!

Zur Vorbereitung der Bildung des Preussischen Landes-Erwerbslosen-Ausschusses ist es dringend erforderlich, daß sofort die genauen Adressen sämtlicher Arbeitsloserräte (Erwerbslosen-Ausschüsse) dem Reichs-Erwerbslosen-Ausschuß zu Händen des Schriftführers Friedrich Wendel, Berlin-Friedenau, Koenigsstraße 16, mitgeteilt werden.

Der Reichs-Erwerbslosen-Ausschuß.

Zum Streik der Kohrleger und Helfer.

In einer von über 2000 Streikenden belägerten Versammlung im Gewerkschaftshaus wurde gestern von der Streikleitung durch Kollegen diese ein Situationsbericht gegeben. Die Streiklage ist äußerst günstig. Die Zahl der Streikenden ist von 1465 am 7. April auf 2151 am 15. April gestiegen. Der Verband der Kupferschmiede und die Branche der Klempner haben durch Aufnahme an ihre Mitglieder vor Streikarbeit gewarnt. Vom Bund der technisch-industriellen Beamten ist eine in einer Versammlung der Angestellten der Gesundheitsindustrie angenommene Resolution eingegangen, in der allen Angestellten, die es jemals fertig bringen sollten, kämpfenden Kohrlegern in den Rücken zu fallen, die tiefste Verachtung aller Kollegen ausgesprochen wird. Auch an die Hochdruckmonteure ist die Aufforderung ergangen, sich dem Streik anzuschließen.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter beider Richtungen sind von der Streikleitung aufgefordert worden, darauf zu dringen, daß die von der Stadt resp. von der Gemeinde in Auftrag gegebenen Arbeiten in Angriff genommen und bereits angefangene Arbeiten fortgesetzt werden. Diese schloß seinen Bericht mit der Versicherung, daß seine Veranlassung vorliege, schwarz in die Zukunft zu leben.

Am Donnerstag, vormittags 11 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Vollversammlung der Streikenden statt, in der ein Vortrag über das Räte-system gehalten werden soll.

Der Streik der Handwerker bei der Firma Klinger ist durch das unsoziale Verhalten der Direktion immer noch nicht beigelegt. Trotzdem seitens der Streikleitung weitgehendste Einigkeit gekommen gezeigt wird, bleibt die Firma den Handwerkern Wochenlöhne von 70 M., d. h. Stundenlöhne von 1,48 M. Die Arbeiterchaft beschloß in einer Versammlung der Streikenden, so lange im Kampf zu verharren, bis die Direktion sich dazu versteht, Angelegenheiten zu machen, welche den Lebensbedürfnissen der Arbeiter entsprechen. An alle Arbeiter und Angestellten richteten die Ausschüsse die dringende Bitte, die Geschäfte der Firma Klinger so lange zu meiden, bis die äußerst beschwerlichen Forderungen der Arbeiter bewilligt sind.

Die Delegiertenkonferenz der Zivilangestellten bei den militärischen Behörden und Betrieben am 11. April hat in Ergänzung des bereits abgeschlossenen Tarifabkommens einen Kollektivvertrag votiert. Vertreter waren etwa 150 Beiräte in Groß-Berlin und Spandau mit etwa 15 000 Zivilangestellten. Als händiges Vertretungsorgan wurde ein 14er-Ausschuß gewählt, welcher unter Vorsitz von Rechtsanwalt Blumberg sofort zusammengetreten ist und wegen des Kollektivvertrages die Verhandlungen mit den Zentralbehörden aufgenommen hat.

Gewerkschaften gegen den Belagerungszustand. Die Ortsverwaltung des Verbandes der Fabrikarbeiter, Justizstelle Groß-Berlin, ersucht uns mitzuteilen, daß sie sich dem Protest der Gewerkschaften gegen den Belagerungszustand anschließen.

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte der Firmen G. Beer-mann, Virschowen, Woodborj u. Pochhändler, Golow u. Jhm, Riem u. Söhne, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, in der Urania, Wangelstr. 9/10, Betriebsversammlung. Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller dringend notwendig.

Bei der Wahl der Ortsleute in der Arbeitervereinschaft Nord, Spandau, wurden gewählt: Unabhängige 2302, Kommunisten 2303, Reichssozialisten 1942.

Berichtungen.

Die Gemeindevertreter der U. S. V. D. für die Kreise Potsdam, Spandau, Osthavelland waren am Sonntag, dem 13. April, im Spandauer Stadtverordneten-Sitzungs-saal zu einer Konferenz zusammengekommen. Genosse Vogtler legte in einem Referat über „Unere Aufgaben in der Gemeinde“ im einzelnen dar, nach welcher Richtung hin die Tätigkeit unserer Gemeindevertreter orientiert sein müsse. Er verbreitete sich über die einzelnen Gebiete des Gemeindelebens und gab verbindliche Anregungen. In der Diskussion wurden eine Anzahl Fragen der Gemeindepolitik behandelt. Einen breiten Raum nahm die Ausrede über die Kommunalisierung der Betriebe ein. Stark kritisiert wurde vor allem die Verschleppungspolitik der mehrheitssozialistischen Arbeiterräte beim Landratsamt in bezug auf die Kreiswahlwahlen. Für Ordnung der Volksbildung müsse in den Gemeinden Sorge getragen werden, um die Masse für den praktischen Sozialismus reif zu machen. Es wurde die Gründung einer Arbeitergemeinschenschaft der U. S. V. im Kreise beschlossen und Spandau als Vorort gewählt. Außerdem wurde eine Kommission eingesetzt mit der Aufgabe, die Vorarbeiten für die Kreiswahlwahlen in die Hand zu nehmen. Die Konferenz war mit 60 Vertretern aus 14 Orten besetzt.

